

A group of young men are gathered around a mound of earth. The man in the center has a white bandage on his right arm and is looking directly at the camera with a serious expression. Other men around him have various expressions, some looking down or to the side. The background shows more people, suggesting a public gathering or a site of interest.

HÖCHSTE ZEIT,

DIE STRAFLOSIGKEIT

ANZUGEHEN

Zwei Jahre nach dem Krieg

in Gaza/Israel von 2014



„DASS WIR KEINE GERECHTIGKEIT HABEN ... ZEIGT, DASS DIE WELT NACH DER LOGIK DES RECHTS DES STÄRKEREN FUNKTIONIERT; ES BEWEIST, DASS ISRAEL ÜBER DEM GESETZ STEHT. WIR BRAUCHEN ... MENSCHEN AUS DER GANZEN WELT, UM ... DEN STIMMEN DER ELENDEN UND UNTERDRÜCKTEN GEHÖR ZU VERSCHAFFEN UND DANACH ZU FRAGEN, WARUM UNSCHULDIGE MENSCHEN WIE MEINE TOCHTER ASIL, GETÖTET WURDEN...”

Saleh Abu Mohsen, der Vater von Asil Abu Mohsen, die am 1. August 2014 von israelischen Truppen getötet wurde, sprach im Mai 2016 mit Amnesty International

Am 8. Juli 2016 jährt sich der Beginn der 50-tägigen israelischen Militäroffensive im Gazastreifen, Kodenname Operation Protective Edge, zum zweiten Mal. Diese hatte im Jahr 2014 ein bis dahin unerreichtes Ausmaß an Tod und Zerstörung in den Gazastreifen gebracht.

Während der Feindseligkeiten im Jahr 2014 verübten israelische Truppen wie bewaffnete palästinensische Gruppen Kriegsverbrechen und andere schwere Verstöße gegen das Internationale Völkerrecht. Keine Seite hat die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen oder ernsthafte, unabhängige strafrechtliche Untersuchungen hierzu durchgeführt. Seit Ende des Konfliktes wurden nur drei israelische Soldaten für kriminelle Vergehen angeklagt – wegen Plünderung und Behinderung einer strafrechtlichen Ermittlung. Auf dem Hintergrund hunderter schwerer Verstöße, inklusive Kriegsverbrechen, die von Menschenrechtsorganisationen dokumentiert wurden, sind diese drei Anklagen vollkommen unerheblich und reichen an den Kern des Problems bei Weitem nicht heran.

Im Gazastreifen wurden während des Konfliktes 1.462 palästinensische Zivilisten, darunter 551 Kinder, getötet außerdem sechs Zivilisten in Israel. Schulen, medizinische Einrichtungen, Wasser- und Abwassernetze, landwirtschaftliche Betriebe und Geschäfte im gesamten Gazastreifen wurden schwer beschädigt oder zerstört, und auch das einzige Elektrizitätswerk in dem Gebiet

trug erhebliche Schäden davon. Über 18.000 Wohngebäude wurden zerstört oder irreparabel beschädigt, und rund 100.000 Menschen gerieten dadurch in Obdachlosigkeit. Zwei Jahre später leben die meisten dieser Menschen immer noch in Notunterkünften und stehen durch Israels Einfuhrbeschränkungen gegen Baumaterialien in den Gazastreifen weiter unter Druck.

Militärmaßnahmen, Einsatzregeln oder politische Entscheidungen, die unter palästinensischen Zivilisten zu Toten und Verletzten und zu ausgedehnten Zerstörungen von Wohnhäusern und ziviler Infrastruktur führten, liegen nicht im Blick israelischer Militäruntersuchungen. Stattdessen konzentriert man sich auf einzelne Vorfälle, die als "außergewöhnlich" eingestuft wurden. Auf allen Untersuchungsebenen ist der MAG (Militärgeneralstaatsanwalt) der oberste Entscheidungsträger, obwohl er im Krieg auch die Oberaufsicht über die Rechtsberatung an die israelischen Truppen innehat. Daraus ergibt sich ein grundlegender Interessenkonflikt, der bedeutet, dass Israels System von Militäruntersuchungen weder unabhängig noch unparteilich ist. Die faktische Folge davon ist, dass die Täter vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt sind und die Straflosigkeit noch weiter vertieft wird.

Ebenso wenig ist es den Behörden der Hamas im Gazastreifen gelungen, die Abschüsse ungenau geleiteter Raketen und Mörsergeschosse durch bewaffnete palästinensische Gruppen auf zivile Gebiete in Israel zu untersuchen. Und auch für die Entführungen, Folterungen und Schnellhinrichtungen angeblicher palästinensischer "Kollaborateure" mit Israel, die während des Konflikts stattgefunden haben, wird den Kräften der Hamas eine vollkommene Straflosigkeit zugestanden.

Bild links:

Palästinenser auf den Gipfeln der Trümmer eines Hauses, das nach Zeugenaussagen durch einen israelischen Luftschlag auf Rafah im südlichen Gazastreifen zerstört wurde, 2. August 2014.

© REUTERS/Ibraheem Abu Mustafar

"SCHWARZER FREITAG":

HALTLOSE ANGRIFFE

AUF ZIVILISTEN UND

KRANKENHÄUSER IN RAFAH

“Als wir in unserem Haus bombardiert wurden, rannten wir weg. Es hatte in unserem Umfeld keine militärischen Aktivitäten gegeben; und es herrschte eine Waffenruhe. Wir brauchen Sie, um Israel zu zwingen, sich an die Gesetze zu halten; wir brauchen Ihre Hilfe, um Gerechtigkeit zu erlangen. Sonst nichts.”

Saleh Abu Mohsen, dessen Tochter Asil am 1. August 2014 getötet wurde

Die 17-jährige **Asil Abu Mohsen** hoffte, eines Tages ein Universitätsstudium zu absolvieren, bis sie am 1. August 2014, dem so genannten "Schwarzen Freitag", starb, als Israel einen erbarmungslosen Ansturm gegen Zivilisten in der Grenzstadt Rafah im südlichen Gazastreifen durchführte. Zwischen dem 1. und 4. August töteten israelische Streitkräfte in Rafah mindestens 135 Zivilisten, darunter 75 Kinder, und vieles weist darauf hin, dass sie Kriegsverbrechen begangen haben. Das dicht bevölkerte Gebiet war in unverhältnismäßigen und



Asil Abu Mohsen war 17 Jahre alt, als sie bei einem schweren Bombardement in ihrer Wohngegend in Rafah im Gazastreifen am 1. August 2014 durch die israelische Armee getötet wurde. © Privat

wahllosen Angriffen mit Artillerie- und anderen unpräzisen Waffen bombardiert worden. Israels Behörden teilten der Familie von Asil Abu Mohsen nicht mit, ob es zum Tod ihrer Tochter eine strafrechtliche Untersuchung gibt oder geben wird.

Israels hatte das erklärte Ziel verfolgt, die Gefangennahme des israelischen Soldaten Leutnant Hadar Goldin zu vereiteln. Dieser war am Morgen des 1. August 2014 von Hamas-Kämpfern aufgegriffen worden. Israels massive Bombardierung ging allerdings auch auch dann noch weiter, als Leutnant Goldin am 2. August für tot erklärt worden war. Die Aussagen israelischer Kommandanten und Soldaten deuteten an, dass mancher rechtswidrige Angriff von einem Rachewunsch getrieben war. Hadar Goldins Gefangennahme hatte die so genannte "Hannibal-Direktive" in Kraft gesetzt, einen geheimen Operationsbefehl, der den Einsatz intensiver Feuerkraft erlaubt, falls ein israelischer Soldat in Gefangenschaft gerät - ohne Rücksicht auf die möglichen Gefahren für dessen Leben oder für das Leben von Zivilisten.

Der Angriff in Rafah am 1. August kam ohne Vorwarnung und inmitten einer Waffenruhe, wegen der viele Zivilisten in ihre Häuser zurückgekehrt waren, weil sie glaubten, dort sicher zu sein.

Asil Abu Mohsen wurde auf der Straße getötet, nachdem sie und ihre Familie aus ihrem Haus nördlich der Saleh-al-Din-Straße geflohen waren, weil die Gegend heftig bombardiert wurde. Ihr Vater Saleh Abu Mohsen sagte, dass jede Minute etwa 50 bis 60 Granaten niedergingen, und dass die Familie sich im Abstand von 10 Metern in zwei Gruppen vorwärts bewegte, um so die Chance zu erhöhen, dass zumindest einige von ihnen überleben würden.

Als er merkte, dass Asil nicht mehr da war, wollte er zurückzugehen und sie suchen, wurde aber durch Raketen- und Panzerbeschuss daran gehindert. Vier Tage später fand er ihren Körper auf der Straße, verquollen und verwest, voller Wunden durch Bombensplitter. Der Fall Asil Abu Mohsen sollte – wie zahlreiche weitere Fälle aus Rafah – unabhängig als ein potentielles Kriegsverbrechen untersucht werden.

Nachdem sie von Asil getrennt worden waren, flüchteten sich Saleh Mohsen und seine anderen Töchter ins **Abu-Youssef-al-Najjar-Krankenhaus**. Doch das Krankenhaus und die umliegenden Straßen gerieten den ganzen Tag über

gnadenlos unter israelischen Beschuss. Ärzte und Patienten wurden verletzt und das Gebäude schwer beschädigt. Wie Ärzte und Nachbarn berichteten, flohen manche Patienten noch mit dem Tropf am Arm nach draußen. Andere wurden in ihren Betten hinausgefahren. Ein Kind robbte sich mit seinem Gipsverband über den Boden, um davon zu kommen.

An- und abfahrende Rettungsfahrzeuge wurden ebenfalls attackiert. Eine von einer Drohne abgefeuerte Rakete traf am 1. August in Musabbeh östlich von Rafah einen Rettungswagen, der einen verletzten Senioren, eine Frau und drei Kinder transportierte. Alle Verletzten und drei Sanitäter starben. Jaber Darabih, ein Rettungsassistent, beschrieb den Ort des Geschehens und die verkohlten Leichen: „Keine Beine, keine Hände ... hochgradig verbrannt“. Sein Sohn, ein freiwilliger Rettungssanitäter, war einer der Toten in dem Ambulanzfahrzeug.

Absichtliche Angriffe auf Hospitäler und medizinische Helfer, die ihren humanitären Pflichten nachgehen, sind Kriegsverbrechen und müssen unabhängig untersucht werden.

ISRAELS MILITÄRISCHE

UNTERSUCHUNGEN

“Dass wir bis jetzt noch keine Gerechtigkeit erlangt haben, zeigt, dass die Welt nach dem Machtprinzip funktioniert; und es beweist, dass Israel über dem Gesetz steht...”

Saleh Abu Mohsen, dessen Tochter Asil am 1. August 2014 getötet wurde

Palästinensische und israelische NGOs kämpfen unermüdlich um Klärung der Verantwortlichkeiten, auch durch die Eingabe hunderter Beschwerden bei der israelischen Armee, und sie fordern zu bestimmten Fällen strafrechtliche Untersuchungen. Das Untersuchungssystem arbeitet jedoch weder zeitnah, noch transparent oder effektiv. Wenn Fälle – oft erst nach mehreren Monaten – abgeschlossen werden, dann gibt das Militär auf Nachfrage generell keine Erklärungen zu den Gründen dafür oder über den Verlauf der Ermittlungen ab. So ist es für Beschwerdesteller kaum möglich, Entscheidungen anzufechten. In den meisten Fällen liegt allerdings auch zwei Jahre nach dem Krieg noch keine endgültige Entscheidung vor.

Das letzte Update über den Stand der Untersuchungen zum Krieg von 2014 veröffentlichte der MAG am 11. Juni 2015. Zu diesem Zeitpunkt erklärte der MAG, dass es 20 offene Fälle gebe, sowie zwei, die ohne Anklage oder Disziplinarverfahren abgeschlossen wurden. Etwa 190 Fälle seien an den Mechanismus zur Bewertung von Faktfindungserkenntnissen des Militärs (*Fact Finding Assessments Mechanism* / FFAM) weitergeleitet worden, der während des Krieges zur Untersuchung von so genannten "außerordentlichen Vorfällen" eingerichtet worden war. Dieser sei 105 der genannten Fälle nachgegangen; eine Entscheidung des MAG über die Eröffnung eines Verfahrens stehe aber in der Mehrzahl auch dieser Fälle noch aus.

Im Mai 2016 erklärten die Vertreter der israelischen Regierung gegenüber dem Antifolter-Ausschuss der Vereinten Nationen, der FFAM habe rund 225 Fälle eröffnet, es seien aber nur acht strafrechtliche Untersuchungen eingeleitet worden. Durch den Mangel an Transparenz ist schwer feststellbar, welche Fälle genau noch strafrechtlich untersucht werden und bei welchen die Untersuchungen schon abgeschlossen wurden. Zu zahlreichen, offenkundig rechtswidrigen israelischen Angriffen, hat aber eindeutig keine strafrechtliche Untersuchung stattgefunden, und nur eine einzige strafrechtliche Ermittlung hat bis heute dazu geführt, dass gegen drei Soldaten Anklage erhoben wurde.

Die einzige vom MAG angekündigte

strafrechtliche Untersuchung in Bezug auf die israelischen Angriffe in Rafah zwischen dem 1. und 4. August 2014 betrifft die Misshandlung von zwei Bewohnern der Stadt, die am 1. August von israelischen Truppen inhaftiert worden waren. Nachdem die "Hannibal-Direktive" in Gang gesetzt worden war hat der MAG seine Entscheidung, ob zu Israels Angriffen am 1. August in Rafah strafrechtliche Untersuchungen eröffnet werden, mehrfach verschoben. Im Februar 2016 erklärten offizielle Vertreter des Militärs, darunter der frühere MAG, israelischen Reportern, dass eine Entscheidung für noch einige weitere Monate nicht zu erwarten sei und dass das Militär von der Regierung empfohlene zeitliche Richtlinien nicht als bindend betrachtet.

DIE TURKEL-KOMMISSION

Die von der israelischen Regierung zur Überprüfung ihrer Mechanismen für die Untersuchung von mutmaßlichen Verstößen gegen das Internationale Humanitäre Völkerrecht ins Leben gerufene Turkel-Kommission gab im Februar 2013 18 Empfehlungen ab, die das israelische Untersuchungssystem verbessern sollten. Eine davon war, Gesetze zu schaffen, die alle im israelischen Recht nicht existierenden Kriegsverbrechen aufgreifen und die Militärkommandanten und ihren zivilen Vorgesetzten eine strafrechtliche Verantwortung auferlegen.

Die Empfehlungen der Kommission zu

Militäruntersuchungen befürworteten die Durchführung der Bewertung von Faktfindungserkenntnissen, anstatt sich als Grundlage für Entscheidungen über die Eröffnung strafrechtlicher Ermittlungen auf operationelle Nachbesprechungen zu verlassen. Für alle Untersuchungsphasen sollte es zudem eine Frist für die Entscheidungen des MAG geben.

Amnesty International ist mit israelischen Menschenrechtsgruppen einer Meinung, die anführen, dass die Empfehlungen der Turkel-Kommission nicht auf System inhärente Probleme eingehen wie die Unfähigkeit, hochrangige Vertreter aus Militär und Politik strafrechtlich zu

belangen, und der Interessenskonflikt durch die Doppelrolle des MAG als oberste Aufsichtsbehörde sowohl für das System der Militäruntersuchungen als auch für die rechtliche Beratung vor und während der Kampfhandlungen.

Die vollständige Umsetzung der Turkel-Empfehlungen wäre aber zumindest ein Schritt in die richtige Richtung. Mehr als drei Jahre nach dem Bericht der Turkel-Kommission wurden von Israels Behörden zwar begrenzte Schritte zur Umsetzung einiger der Empfehlungen unternommen, diese haben allerdings nicht zu spürbaren Verbesserungen bei der Verantwortlichkeit geführt.



Eine Collage aus mehreren Fotos zeigt die Auswirkungen der israelischen Luftangriffe auf al-Tannur in Rafah vom 1. August 2014, der auch als "Schwarzer Freitag" bekannt ist. © Privat



Ein palästinensischer Junge schläft am 8. September 2015 während eines Sandsturms im Gazastreifen in den Trümmern des Wohnhauses seiner Familie. Das Haus war im Jahr 2014 während der Feindseligkeiten zerstört worden. Auch zwei Jahre nach dem Krieg sind viele Familien im Gazastreifen immer noch nicht in der Lage, ihre Häuser wieder aufzubauen.

© Suhaib Salem/Reuters



DIE SÖHNE DER FAMILIE

BAKR - GETÖTET, ALS SIE

AM STRAND VERSTECKEN

SPIELTEN

„Ich kann nicht verstehen, dass ein Verbrechen, das in der Sichtweite etlicher Kameras stattfand, bei dem die ganze Welt zusah, wie am Strand spielende Jungen gnadenlos massakriert wurden, einfach so durchgehen kann, ohne dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Bitte helfen Sie uns, auf diese Frage eine Antwort zu finden. Wir hoffen, dass es eine Chance auf Gerechtigkeit gibt, und um diese Gerechtigkeit zu erlangen, brauchen wir Ihre Hilfe.“

Sobhi Bakr, eine Verwandte der toten Jungen, im Mai 2016 interviewt von Amnesty International

Die trüben Chancen auf Gerechtigkeit vonseiten israelischer Mechanismen zeigen sich klar an der Entscheidung des MAG, die israelischen Streitkräfte von jeder Verantwortung für die Tötung

der vier Söhne der Familie Bakr zu entbinden. Die Jungen starben durch einen Luftangriff, als sie am 16. Juli 2014 am Strand von Gaza-Stadt in der Nähe des al-Deira-Hotels verstecken spielten. Nach ersten strafrechtlichen Ermittlungen schloss der MAG den Fall ab und erklärte, der Angriff sei durch Geheimdienstinformationen zustande gekommen, die berichtet hätten, dass palästinensische Militärverbände in dem Gebiet zu erwarten waren.

Ahed und Isma'il, beide neun Jahre alt, Zakaria, 10, und der elfjährige Mohammed wurden gegen 16:00 Uhr nachmittags von drei israelischen Raketen getroffen, die nacheinander auf sie abgefeuert wurden, als sie am Strand in der Nähe des Hafens von Gaza, wo die Fischerboote der Familie vor Anker lagen, verstecken spielten. Al-Montaser Billah Ahed Sobhi, 11, Hamada Khamees Sobhi, 13, sowie mehrere Erwachsene, die in einer nah gelegenen Cafeteria gearbeitet hatten, erlitten Verletzungen. Als die erste Rakete Zakaria und Isma'il in der Nähe einer Landungsbrücke traf, rannten die anderen vier Kinder voller Panik über den offenen Strand in Richtung des am nächsten liegenden bebauten Geländes davon.

Dreißig Sekunden später starben Ahed und Mohammed durch eine weitere Rakete, die genau auf ihren Fluchtweg ausgerichtet war. Ein drittes Geschoss verletzte Montaser und Hamada. Am Tag nach dem Tod der Jungen sagte Ahed Sobhi Fares Bakr, der Vater von

Zakaria, zu Amnesty International:

„Wir sind eine Fischerfamilie, und die Kinder arbeiten mit uns. Sie sind oft am Strand und überprüfen die Boote, spielen oder hängen herum. An diesem Tag wollten sie die Boote checken ...“

Der Angriff fand direkt vor den Augen internationaler Journalisten statt, die im nahen Hotel wohnten und in ihren ausführlichen Berichten über den Vorfall festhielten, dass die Menschen, die sie über den Strand laufen sahen, eindeutig Kinder waren. Wieso nicht auch die Armee bemerkt hat, dass es sich um kleine Kinder handelte, wurde bei der Untersuchung nicht geklärt. Am 11. Juni 2015 meldete Militärsprecher Leutnant Peter Lemer auf Facebook, dass der Angriff gegen ein Gebäude der Hamas-Marine gerichtet war, das die Journalisten als kleine, eingefallene Fischerhütte beschrieben.

Nach Amnesty Internationals Kenntnis wurden die zahlreichen internationalen Journalisten, die Zeugen des Vorfalles waren, bei der Untersuchung gar nicht befragt. Keiner der Journalisten sprach davon, nahe der Hütte, die im direkten Blick der Hotels um den Strand herum liegt, einen Militärverband gesehen zu haben. Fest steht jedenfalls, dass die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz von Zivilisten bei dem Angriff unterlassen wurden, auch weil sich die israelischen Streitkräfte nicht die Mühe machten sicherzustellen, dass ihre Ziele tatsächlich militärischer Natur waren, ehe sie ihren Angriff fortführten.



Zwei junge palästinensische Männer tragen den Körper eines Jungen fort, der am 16. Juli 2016 bei einem Luftschlag der israelischen Armee auf einen Strand in Gaza-Stadt getötet wurde. Bei dem Angriff starben noch vier weitere Kinder, und zwei andere erlitten schwere Verletzungen.

©REUTERS / Mohammed Talatene



Das Haus der Familie Abu Jame' im südlichen Gaza. Die Familie wollte gerade essen, als ein israelischer Flieger ihr Haus ins Visier Beschuss nahm und die weitläufige Familie fast vollständig auslöschte, 20. Juli 2014.

© Amnesty International

DIE BOMBARDIERUNG DES WOHNHAUSES DER FAMILIE ABU JAME'

„Die Erinnerung ist immer noch jeden Tag in uns lebendig; wir möchten vergessen, aber wir können es nicht. Ich denke, wir sind jetzt alle geistig und gefühlsmäßig ausgelaugt. Wir wollen einfach nur verstehen, warum unsere ganze Familie auf diese Weise massakriert wurde. Wir brauchen Ihre Hilfe, damit das Recht seinen Gang gehen kann und der Staat Israel für die Kriegsverbrechen, die er verübt hat, zur Verantwortung gezogen wird.“

Ahmad Abu Jame', ein Verwandter und Nachbar der Opfer im Mai 2016 zu Amnesty International

Selbst wenn Untersuchungen eröffnet werden, gibt es in den meisten Fällen nur wenige oder keine Informationen über deren Fortgang. In einem Update vom 7. Dezember 2014 ordnete der MAG strafrechtliche Ermittlungen zur

Tötung von 25 Mitgliedern der weitläufigen Familie Abu Jame' - allesamt Zivilisten - am 20. Juli 2014 an, weil bei dem Angriff diverse Militärregeln und Verfahren außer Acht gelassen wurden. Die Opfer starben alle in ihrem Haus in Abu Safar nahe der al-Zanneh-Siedlung von Bani Suheila östlich von Khan Yunis, einer Stadt im südlichen Gazastreifen. Der Angriff war der zweit-schwerste tödliche Einzelangriff des gesamten Krieges gewesen. Doch auch anderthalb Jahre nach Ankündigung einer Untersuchung hat Israels Armee die Familie noch nicht über den Stand oder den Fortgang derselben informiert.

Tawfiq Abu Jame' ahnte nicht, dass seine schwangere Frau, seine sieben Kinder und seine Mutter tot waren, bis er später im Krankenhaus aufwachte. Die Familie wollte gerade essen, als ein israelischer Flieger eine Bombe auf das dreistöckige Haus abwarf, das sie mit vier anderen verwandten Familien teilte. *„Ich hatte am ganzen Körper Wunden. Ich fragte sie [Verwandte im Krankenhaus], was passiert war und sie sagten erst, es gehe allen gut. Zehn Minuten später hieß es, meine Mutter sei tot, und dass auch meine Frau getötet wurde und dann, dass fast die ganze Familie tot ist.“* Nur eines von Tawfiq Abu Jame's Kindern hat den Angriff überlebt, seine Tochter Nour.

Es wurde keine Warnung abgegeben, bevor Israels Luftwaffe eine offenbar

sehr große Luftbombe auf die Familien abwarf, das Haus zerstörte und einen großen Krater zurückließ. Überlebende und Rettungskräfte bemühten sich die ganze Nacht über, die Körper aus den Trümmern zu bergen. *„Es gibt Bilder aus dem Krankenhaus; sie waren in Stücke gerissen, einfach zerfetzt. Wir konnten nicht sagen, welches unserer Kinder welches war - eine hässliche Szene. Wir konnten sie nicht mehr unterscheiden,“* so der Verwandte und Nachbar Ahmad Abu Jame' im August 2014 zu Amnesty International

Zwar hat Israel keine Informationen zu dem Angriff veröffentlicht, das Ziel der Attacke war aber offenbar der Hamas-Funktionär Ahmad Sulaiman Sahmoud, der dabei ebenfalls zu Tode kam. Nach Aussage der Familie war er zur Zeit des Angriffs nicht im Haus, könnte sich aber in der Nähe aufgehalten haben. Sollte Ahmad Sulaiman Sahmoud das beabsichtigte Ziel gewesen sein, dann war der Angriff unverhältnismäßig und potentiell ein Kriegsverbrechen. Denn es hätte klar sein müssen, dass sich eine große Zahl von Zivilisten im Haus befand; und der Angriff hätte gestoppt oder verschoben werden müssen.

Die Bombardierung, bei der die Familie von Abu Jame' starb, war nur einer von vielen israelischen Luftanschlägen auf Wohnhäuser im Gazastreifen während des Konflikts.



PALÄSTINENSISCHE UNTERSUCHUNGEN

Die Hamas-Behörden bestritten im Mai 2015, an den Schnellhinrichtungen beteiligt gewesen zu sein, die Amnesty International dokumentiert hat. Sie erklärten, der Militärgeneralstaatsanwalt und der Innenminister in Gaza würden die Fälle untersuchen lassen und die Ergebnisse veröffentlichen. Weitere Informationen gaben sie nicht ab. Solche Untersuchungen sind nicht unabhängig, weil die Justiz und das Innenministerium im Gazastreifen vom Personal her aus Hamas-Mitgliedern bestehen und von diesen gesteuert werden. Einige der Bediensteten pflegen enge Beziehungen zum militärischen Flügel der Hamas. Es gibt zudem keine Hinweise darauf, dass die Behörden auch Untersuchungen zu den Raketen- und Mörserangriffen durchführen, bei denen israelische und palästinensische Zivilisten getötet wurden.

Nachdem der Untersuchungsausschuss der Vereinten Nationen (UN Col / *Commission of Inquiry*) im Juni 2015 seinen Bericht veröffentlicht hatte, richteten der Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas und die Regierung des "nationalen Konsens", die in Ramallah in der Westbank angesiedelt ist, einen Unabhängiges Nationales Untersuchungsausschuss ein, der palästinensische Verstöße im Gazastreifen und in der Westbank aus den Jahren 2014 und 2015 untersucht, darunter auch Fälle, die durch den Untersuchungsausschuss der Vereinten Nationen (Col) dokumentiert wurden. Der Ausschuss hält in beiden Gebieten Treffen mit Menschenrechtsgruppen und Vertretern der palästinensischen Behörden ab. Außerdem wurde ein Mechanismus für die palästinensischen Bürger eingerichtet, wo diese ihre Beschwerden einreichen können. Der Unabhängige Untersuchungsausschuss hofft, im Sommer 2016 seinen Bericht vorzulegen, er verfügt allerdings nicht die über Befugnis, strafrechtliche Ermittlungen durchzuführen, und so bleibt unklar, ob und wie etwaige Täter nach der Veröffentlichung des Berichts zur Verantwortung gezogen werden.

ANGRIFFE AUF ZIVILISTEN

DURCH BEWAFFNETE

PALÄSTINENSISCHE GRUPPEN

Während der Feindseligkeiten feuerten bewaffnete palästinensische Gruppen tausende von ungenau zielenden Raketen und Mörsern auf Israel ab, die oft auf zivile Wohngebiete gerichtet waren. In Israel starben sechs Zivilisten, und etliche weitere wurden verletzt. Fünf der Toten starben durch wahllose oder direkte Angriffe, die als Kriegsverbrechen zu betrachten sind. Der vierjährige Daniel Tregerman wurde getötet, als das Haus der Familie im Kibbutz Nahal Oz in Südisrael nah am Gazastreifen von einer Mörsergranate getroffen wurde. Der militärische Flügel der Hamas bekannte sich zu der Attacke.

13 weitere Zivilisten starben, als ein im Gazastreifen abgefeuertes Projektil am 28. Juli 2014 auf einer belebten Straße im Flüchtlingslager al-Shati im nördlichen Gazastreifen niederging. Elf der Opfer waren noch Kinder, die sich

in dem dortigen Supermarkt befunden oder auf der Straße gespielt hatten.

Die Behörden der Hamas haben nichts unternommen, um die rechtswidrigen Angriffe und Kriegsverbrechen, die Zivilisten auf bei beiden Seiten das Leben gekostet haben, zu untersuchen und für Verantwortlichkeit zu sorgen.

SCHNELLEHINRICHTUNGEN UND ANDERE MISSBRÄUCHLICHE HANDLUNGEN IM GAZASTREIFEN DURCH KRÄFTE DER HAMAS

Während Israel den Gazastreifen unter Beschuss nahm, führten Hamas-Kräfte brutale Übergriffe im Inneren des Streifens durch. Etliche Palästinenser, von denen viele wegen "Kollaboration" mit Israel angeklagt waren, wurden entführt, gefoltert und rechtswidrig getötet. Mindestens 23 Palästinenser wurden außergerichtlich exekutiert, und dutzende in Gewahrsam gefoltert, darunter zahlreiche Mitglieder der rivalisierenden Fatah-Partei. Folter und außergerichtliche Exekutionen, die im Kontext eines bewaffneten Konfliktes stattfinden, sind Kriegsverbrechen.



DER INTERNATIONALE STRAFGERICHTSHOF UND DIE MECHANISMEN DER INTERNATIONALEN JUSTIZ

Am 16. Januar 2015 verkündete die Strafverfolgungsbehörde des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC / *International Criminal Court*) die Eröffnung einer Voruntersuchung zu mutmaßlichen Verbrechen, die seit dem 13. Juni 2014 in den besetzten palästinensischen Gebieten, den OPT (*Occupied Palestinian Territories*), begangen wurden. Daraus könnten sich eine vollwertige Untersuchung sowie potentielle Anklagen gegen israelische und palästinensische Personen ergeben, die für Verstöße gegen Internationale Völkerrechte verantwortlich sind. Die Strafverfolgungsbehörde untersucht Verbrechen, die während und seit dem Gaza-Israel-Konflikt im Jahr 2014 auf beiden Seiten begangen wurden, aber auch andere Verstöße wie etwa Israels Siedlungspolitik, die Abrisse von Wohnhäusern und anderen Gebäuden und die Zwangsumsiedlung von Palästinensern innerhalb der besetzten Westbank. Um die Voruntersuchung in ein vollwertiges Verfahren überleiten zu können, muss die Strafverfolgungsbehörde des ICC hinreichend sicherstellen, dass sich die begangenen Verbrechen im Rahmen des Statuts zum ICC bewegen, dass es also Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Völkermord waren, und dass die nationalen Behörden nicht in der Lage sind, echte Ermittlungen und Strafverfahren dazu durchzuführen.

Amnesty International glaubt dass internationale Justizmechanismen der einzig gangbare Weg sind, um gegen die Straflosigkeit vorzugehen, solange sich die Konfliktparteien allesamt als unfähig erweisen, verdächtige Kriegsverbrecher und für andere Taten verantwortliche Personen zur Rechenschaft zu ziehen. Ein wichtiger Schritt zur Behebung der Straflosigkeit wäre eine Untersuchung durch den ICC, ein anderer wäre die Anwendung des Weltrechtsprinzips durch die Staaten, die Verstöße gegen internationale rechtliche Vorgaben in Israel und den OPT über ihre nationalen Gerichte strafrechtlich verfolgen lassen können.

Links:

Militante der Hamas halten einen Palästinenser, der verdächtigt wird, mit Israel kollaboriert zu haben, bevor er in Gaza-Stadt exekutiert wird,
22 August 2014. © REUTERS

Oben:

Die Straße im Flüchtlingslager al-Shati, auf der am 28. Juli 2014 ein Geschoss aus dem Gazastreifen niederging und elf Kinder tötete,
© Amnesty International

Unten:

Ein Haus in Be'er Sheva in Südisrael, das von einer Rakete getroffen wurde, die aus dem Gazastreifen kam,
10. Juli 2014 © Danny-w



JETZT HANDELN!

Zwei Jahre nach Ende der Operation Protective Edge warten die Opfer beider Seiten noch immer auf Gerechtigkeit, ob durch echte nationale Untersuchungen oder internationale Justizmechanismen. Amnesty International fordert alle Parteien auf, in vollem Umfang mit der Voruntersuchung der Strafverfolgungsbehörde des ICC zu kooperieren.

AN DIE ISRAELISCHE REGIERUNG

- Reformieren Sie Ihr heimisches Untersuchungssystem für Vorwürfe von Verstößen gegen das Internationale Humanitäre Völkerrecht, um sicherzustellen, dass dieses unabhängig, effektiv, zeitnah und transparent arbeitet. Ein erster Schritt hierzu wäre, dass die israelischen Behörden die Empfehlungen der Turkel-Kommission vollständig umsetzen, auch durch:
 - die Gewährleistung, dass alle, für die Untersuchungen zuständigen Stellen von jenen unabhängig sind, israelische Angriffe umsetzen, durchführen oder Beratungsleistungen dazu abgeben;
 - die Einführung von Gesetzen, die alle im aktuellen israelischen Recht nicht existenten Kriegsverbrechen abdecken und Militärkommandanten so wie ihren zivilen Vorgesetzten – in Einklang mit den internationalen Rechtsvorgaben – eine strafrechtliche Verantwortung auferlegen; und
 - die Bereitstellung von regelmäßigen Informationen über den Fortgang von Untersuchungen an all jene, die eine Beschwerde einreichen sowie an die Öffentlichkeit und die Einhaltung nachvollziehbarer zeitlicher Rahmen für Entscheidungen auf allen Ebenen von Untersuchungen.
- Stellen Sie allen Opfer von Verstößen gegen Internationales Humanitäres Völkerrecht, die durch Israels Militärtruppen verübt wurden, vollständige Reparationen und den Zugang zu wirksamer Rechtshilfe zur Verfügung.

AN DIE HAMAS-BEHÖRDEN IN GAZA:

- Veröffentlichen Sie den Stand der Untersuchungen zu den Schnellhinrichtungen und den damit verbundenen Verstößen, die während des Krieges im Jahr 2014 in Gaza begangen wurden, und aller ergriffenen Maßnahmen zur Sicherstellung, dass diese Untersuchungen internationalen Standards entsprechen; und
- Verzichten Sie auf Schnellhinrichtungen, außergerichtliche Exekutionen und auf Angriffe, die Zivilisten zum Ziel haben sowie wahllose Angriffe.

AN DIE PALÄSTINENSISCHE REGIERUNG DES "NATIONALEN KONSENS":

- Stellen Sie sicher, dass zu Kriegsverbrechen, die Palästinenser während und nach dem Konflikt 2014 verübt haben, wahrhaftige und unabhängige, strafrechtliche Untersuchungen, durchgeführt und die Verantwortlichen in fairen Verfahren ohne Rückgriff auf eine Todesstrafe zur Rechenschaft gezogen werden.
- ### AN DIE REGIERUNGEN ALLER LÄNDER:
- Unterstützen Sie aktiv die vorläufige Untersuchung der Strafverfolgungsbehörde des ICC zu Palästina. Drängen Sie Israel und die palästinensischen Behörden zudem, mit dieser in vollem Umfang zu kooperieren und auch auf nationaler Ebene echte, unabhängige Strafuntersuchungen durchzuführen;
 - Verurteilen Sie Vergeltungsmaßnahmen durch Israel oder andere Staaten gegen palästinensische Behörden oder gegen Menschenrechts-NGOs, weil diese dem ICC Informationen zu Israels Verstößen liefern oder andere Schritte einleiten, um internationale Justizmechanismen in Gang zu setzen; und
 - Üben sie das Weltrechtsprinzip der Allgemeinen Gerichtsbarkeit aus, um Verbrechen gegen das Internationale Völkerrecht, die in Israel und den OPT begangen wurden, zu untersuchen und die Täter strafrechtlich zu belangen.

SCHREIBEN SIE AN:

ISRAEL

Benjamin Netanyahu

Premierminister

Email: pm_eng@pmo.gov.il

Twitter: twitter.com/israeliomp

Anrede: Dear Prime Minister

Militärgeneralstaatsanwalt

Brigadegeneral Sharon Afek

Email: mag@idf.gov.il

Anrede:

Dear Brigadier-General Sharon Afek

HAMAS BEHÖRDEN

Mousa Mohammad Abu Marzouk

Stellvertretender Vorsitzender

des Politbüros der Hamas

Twitter: twitter.com/mosa_abumarzook

Anrede: Dear Deputy Chairman

Dr. Isma'il Jaber

Generalstaatsanwalt

Gaza

Email: neiaba.gaza@gmail.com

Twitter: twitter.com/gpgaza

Anrede: Dear Attorney General

PALÄSTINENSISCHE REGIERUNG DES "NATIONALEN KONSENS"

Dr. Ahmad Barrak

Amtierender Generalstaatsanwalt

Ramallah

Email: info@pgp.ps

Facebook:

www.facebook.com/publicprosecution

Anrede: Dear Attorney General

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung von über 7 Millionen Menschen, die für eine Welt eintreten, in der die Menschenrechte für alle Menschen gelten.

Unsere Vision ist, dass jeder Mensch alle Rechte genießen kann, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen internationalen Menschenrechtsstandards verankert sind.

Wir sind von Regierungen, politischen Ideologien, wirtschaftlichen Interessen und Religionen unabhängig und finanzieren uns vor allem über unsere Mitgliedschaft und öffentliche Spenden.

Foto Vorderseite: Palästinenser trauern auf der Beerdigung von 18 Mitgliedern der Familie Batsh. Sie waren getötet worden, als Israels Luftwaffe am 13. Juli 2014 Angriffe gegen den Polizeichef der Hamas Tayseer al-Batsh flog und in ihr Haus in Gaza-Stadt bombardierten.

AMNESTY INTERNATIONAL
INTERNATIONALES SEKRETARIAT

www.amnesty.org

E: contactus@amnesty.org

T: +44-20-74135500

F: +44-20-79561157

Index: MDE15/4199/2016, Juli 2016

Peter Benenson House,
1 Easton Street,
London, WC1X 0DW,
Großbritannien

© THOMAS COEX /
AFP/Getty Images